

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 20

Artikel: Lateinamerika-Uebersicht. Abschaffung des Kapitalismus auf verschiedenen Wegen
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095583>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerika-Uebersicht

Abschaffung des Kapitalismus auf verschiedenen Wegen

Von Alphonse Max

In Chile gehört die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung der Diktatur des Proletariats zum Programm der regierenden Christlich-Demokratischen Partei, in Peru sucht man die marxistischen Ideale auf dem Wege einer Militärdiktatur zu erreichen, und in andern Ländern haben sich die Machthaber noch nicht zur Uebernahme der Revolutionsparolen ihrer Opposition entschliessen können. Wenn man früher sagte, dass die lateinamerikanische Alternative «entweder Militärdiktatur oder Kommunismus» falsch sei, meinte man eine dritte, demokratische Lösung, aber inzwischen zeigt sich am politischen Horizont die aussichtsreiche Lösung «sowohl Militärdiktatur als auch Kommunismus». Mit solchen Perspektiven unter anderm beschäftigt sich diesmal die Lateinamerika-Uebersicht unseres Korrespondenten aus Montevideo.

Die kontroverse Fischereikonferenz von Buenos Aires wurde für einige Monate vertagt, weil sich die Teilnehmer in keinem der behandelten Punkte einigen konnten. Chile, Ecuador und Peru bestehen auf der 200-Meilen-Grenze für Fischfangrechte, und die USA sind damit nicht einverstanden. Die angelaufenen Verhandlungen scheiterten schon am ersten Punkt: Beratung über die Probleme der Fischerei im Südatlantik. Die Hauptstreitfrage über die 200-Meilen-Zone kam schon gar nicht in die eigentliche Diskussion. Auch zum Problem des Thunfischfangs wurde keine Lösung gefunden. Die Delegierten nahmen keinen der Alternativvorschläge aus den verschiedenen Arbeitsgruppen an. Es kam lediglich zum Versprechen der USA, die Bitte der Südamerikaner um eine bevorzugte Behandlung ihrer Fischprodukte auf dem nordamerikanischen Markt zu überprüfen.

Chile: Linksvorfahrt . . .

Inzwischen haben sich in Chile neue politische Perspektiven aufgetan. Sie bestätigen die Flucht nach links der Regierungspartei und zeigen eine Beschleunigung dieser Bewegung auf.

Radomiro Tomic, der ehemalige chilenische Botschafter in Washington, ist offiziell zum Kandidaten der Christlich-Demokratischen Partei für die Wahlen vom September 1970 ernannt worden. Er ist Rechtsanwalt und Journalist, er hat kroatische Vorfahren und neun Kinder. Aber nicht so sehr sein privater Steckbrief ist hier interessant als vielmehr sein politisches Programm. Bei seiner Nominierung erklärte er, sein Regierungsprogramm sehe die Beseitigung des Kapitalismus in Chile vor. Die Parole des jetzigen christlich-demokratischen Präsidenten Eduardo Frei, «Revolution in Freiheit», soll künftig nur noch auf den Begriff «Revolution» reduziert werden. Beseitigen will man neben dem Kapitalismus auch «die Minderheiten», was Tomic folgendermassen erläuterte: «Ein organisiertes und aktiv teilnehmendes Volk beseitigt und ersetzt die Minderheiten der entscheidenden Machtzentren, die noch die Strukturen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in den Händen halten.» An die Stelle der Kapitalisten sollen nach dieser Darstellung drei Millionen Arbeiter treten. Ob sie dann tatsächlich die Macht ausüben werden, die

man in ihrem Namen handhaben wird, ist allerdings eine andere Frage.

Aber wenn man in Santiago de Chile meinen sollte, die offiziöse bis offizielle Hinwendung zu «sozialistischen» Lösungen werde die revolutionäre Opposition zum Stillhalten veranlassen, würde man sich, bis jetzt wenigstens, getäuscht sehen.

. . . mit Kollision

Während Privatleute aus Chile nach Kuba reisen, um heimlich die Aufnahme des von der Organisation amerikanischer Staaten (OEA) untersagten Handels mit Kuba zu überprüfen und während Beamte des Aussenministeriums verdächtig häufig dementieren, dass eine chilenische Handelsmission sich anschicke, ein Abkommen mit Kuba abzuschliessen, kam es in verschiedenen Städten Chiles zu schweren Schülerausschreitungen. Sowohl in Santiago selbst als auch in kleineren Städten im Norden und Süden des langgestreckten Landes führten Schüler und Studenten Kundgebungen durch und provozierten die Polizei. Die verschiedenen Unruhen weisen eine Planmässigkeit auf, die auf eine gemeinsame Leitung der Zwischenfälle schliessen lässt. In allen Fällen führten die Demonstranten in ihren Taschen Steine, Ziegel, Eisenstücke und sogar Molotow-Cocktails mit sich; das heisst, sie gingen in der festen Absicht auf die Strasse, die Polizei herauszufordern. Die Polizei wies schon mehrmals darauf hin, dass die Schüler von Erwachsenen angeleitet werden. Diese sind in Terroristenkreisen zu suchen, vor allem aber in der MIR («Linke Revolutionäre Bewegung»), deren Angehörige aus politischer Motivation heraus Banken und Geschäfte überfallen, Geld stehlen, Autos rauben usw. Zwei der 13 MIR-Angehörigen, die verdächtigt werden, an einem der Ueberfälle teilgenommen zu haben, sind der ehemalige Vorsitzende des Studentenverbandes, Luciano Cruz, der mehrmals zur Ausbildung in Kuba weilte, und Miguel Enriquez, Sohn des Rektors der Universität von Concepcion.

Die Aehnlichkeit von Studentenkrawallen und terroristischer Aktivität macht sich nicht nur in den verschiedenen Städten Chiles, sondern in ganz Lateinamerika bemerkbar. Die Entführung des amerikanischen Botschafters in Brasilien war ein bisheriger Höhepunkt, aber durchaus bemerk-

werte Aktionen finden laufend in Argentinien, Uruguay, Kolumbien, Venezuela und andern Ländern statt.

Castros polyvalente Fischerkähne

Die Konvergenz der studentischen und terroristischen Aktivitäten ist weniger erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die Leiter solcher Unternehmungen in denselben Zentren für ihre Aufgaben ausgebildet werden. Es handelt sich zunächst um Kuba, dann aber auch um Algerien und immer noch, wenn auch abnehmenderweise, um China. Kuba seinerseits hat angefangen, auf den angeblich zum Fischfang bestimmten Schiffen Waffen nach Südamerika zu schmuggeln. Die Sowjetunion ist eben daran, Kuba mit einer Flotte grosser, moderner Fischereifahrzeuge auszurüsten, von denen nur ein Teil wirklich dem Fischfang dienen soll. Die Waffen werden in Kuba bei Cayo Cruz geladen, und 24 Stunden bevor die betreffenden Schiffe den Hafen verlassen, ist es jedermann strengstens untersagt, sich ihnen zu nähern. Während des Transportes hat die Mannschaft den Befehl, sich so lautlos wie möglich zu verhalten und die Radiogeräte nur in Fällen von äusserster Wichtigkeit zu benutzen.

Zwischenstaatliches Zwischendrin

Die Kämpfe zwischen Honduras und El Salvador sind zwar offiziell eingestellt worden, doch die Feindseligkeiten bleiben bestehen, und in regelmässigen Abständen kommt es zu Gewaltausbrüchen.

Zwischen dem exbritischen Guayana und dem holländischen Surinam ist wieder Friede eingekehrt, nachdem Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Guyanas zu Gewaltanwendung geführt hatten.

Andererseits hat es Jamaika endlich fertiggebracht, der OEA beizutreten. Mit nur einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung wurde der karibische Inselstaat als 24. Mitglied in die Organisation amerikanischer Staaten aufgenommen. Allerdings musste Jamaika vorher den Interamerikanischen Sicherheitsvertrag ratifizieren, was bedeutet, dass es seine Beziehungen zu Kuba abbrechen muss. Aber vielleicht wird dieser Punkt in absehbarer Zeit überhaupt allgemein revidiert, so dass es sich dann lediglich um einen Unterbruch zu handeln brauchte. Mit drei englischsprachigen OEA-Mitgliedstaaten (ausser Jamaika noch Barbados und Trinidad-Tobago) trifft die Bezeichnung «Lateinamerika» für die Länder südlich des Rio Bravo eigentlich nicht genau zu.

Grenzstreitigkeiten zwischen südamerikanischen Staaten werden im allgemeinen fast immer künstlich hervorgerufen, als Ablenkungsmanöver des einen oder des andern Staates, wenn nicht vielleicht sogar noch eines dritten.

Wenn der Bedarf nach einem künstlich aufgeblähten Konflikt verschwindet, verschwindet auch der Konflikt selber. Das lässt sich am Beispiel von Chile und Argentinien veranschaulichen, die sich viele Monate lang um den Beagle-Kanal im südlichsten Zipfel des Kontinents, Feuerland, gestritten hatten. Das Thema ist mittlerweile völlig ausser Acht und Traktanden gefallen. Vom Kanal hört und liest man nichts mehr, aber dafür um so mehr von gegenseitiger Verbrüderung.

Dass Militärdiktatur und kommunistisches Leitbild Gegensätze sind, die einander ausschliessen,

ist eine treuherzige These, deren Hinfälligkeit sich schon bei vielen Entwicklungsländern gezeigt hat. Ein Anwendungsfall der Kombination beider Elemente lässt sich jetzt in Peru studieren.

Die Diktatur des Proletariats in Generalsuniform

Manchen Leuten mag es erstaunlich scheinen, dass ausgerechnet Generäle, die fast ausschliesslich wohlhabenden Familien entstammen (General-Präsident Velasco ist eine kleinbürgerliche Ausnahme) marxistische Ideen haben können. Aber abgesehen davon, dass Millionärssöhne und wohlhabende Bürger an sich dem Marxismus viel leichter verfallen als die sogenannte Arbeiterklasse, gab es schon vor mehr als dreissig Jahren am «Centro de Altos Estudios Militares», wo die heutigen peruanischen Generäle studierten, sehr «fortschrittliche» Lehrkräfte, die Velasco und seine Mitstreiter mit linkssozialistischen Theorien vertraut machten. Einer der Dozenten dieser Generalstabsschule, der Rechtsanwalt Ruis Eldrege, der mit dem Präsidenten freundschaftlich verbunden ist, gilt auch im Sinne der Parteimitgliedschaft als ausgewiesener Kommunist.

Kündigt die Entwicklung in Peru einen analogen Ablauf in Argentinien an? Auch diese Frage lässt sich stellen.

Perunisierung und Peronisierung

Zwischen der argentinischen und der peruanischen Armee bestehen seit eh und je sehr enge Freundschaftsbande. Sie werden von Politologen unter anderem auf die schlechte Tatsache zurückgeführt, dass die beiden Länder keine gemeinsame Grenze haben. Ogleich der Oberbefehlshaber des argentinischen Heeres, General Lanusse, während eines protokollarischen Besuches in Lima deutlich zu verstehen gegeben hat, dass die argentinische Revolutionsregierung, die von der Armee getragen wird, das peruanische Beispiel nicht nachahmen will, fordern schon manche Stimmen in Argentinien aus Ueberzeugung oder Opportunismus eine «Perunisierung» der Armee. «Perunisierung» soll zwar nicht «Peronisierung» bedeuten, aber die beiden Dinge sehen einander doch tatsächlich sehr ähnlich, wenn man vom peruanischen Vorgehen ausgeht. Die sogenannten Strukturereformen, welche die Armee in Peru durchführt, werden sich sehr bald auswirken, wenn die Agrarproduktion des Andenlandes als Folge der willkürlichen Verteilung des bestbearbeiteten Ackerlandes an landlose Bauern und Genossenschaften abnimmt und die Industrie die Nabelschnur zur internationalen Kapitalquelle und Technologie verliert. General Lanusse hat in Argentinien die Folgen solcher

Demagogie am eigenen Leibe verspürt, als er vier Jahre lang in peronistischen Kerkern sass. Peru wird die geringeren Ernteerträge, und damit auch empfindliche Einbussen am Exporterlös, um so drückender empfinden, als es mit 0,7 Milliarden Dollar an das Ausland verschuldet ist. Dass der Krenl dann seinen Geldbeutel hilfreich öffnen wird, wie man in Lima wohl annimmt, ist in Wirklichkeit noch keineswegs so sicher. Die sowjetische Erfahrung mit dem teuren Kuba-Abenteuer sitzt nämlich tief, und in Moskau könnte man sehr wohl die Auffassung vertreten, Lateinamerika solle sich den Aufbau seines Sozialismus ruhig selber etwas kosten lassen.

Uruguay seinerseits leidet seit Anfang Juli an einem Streik der Bankbeamten.

Man hat ihm weder durch die Mobilmachung und Militarisierung des Personals noch durch die Entlassung eines Teils der streikenden Angestellten ein Ende machen können. Der Verkehr zwischen den Banken und dem Ausland ist praktisch eingestellt. Der wirtschaftliche Schaden, der daraus dem Lande erwächst, ist vorderhand noch nicht abzuschätzen. Ausserdem funktioniert die Clearingammer nicht, so dass sich Schecks nicht einlösen lassen.

Das ist eine Uebersicht über Lateinamerika jetzt. Wie es weitergeht, wird man ja sehen. Vielleicht sieht man es jetzt schon. ■

«Ferieninsel»

Ein sowjetischer Schriftsteller hat vorgeschlagen, die Polarinsel Solowetskije, früher eines der berühmtesten Gefängnisse der Sowjetunion, zu einer touristischen Attraktion mit Sportcenter und historischem Museum umzugestalten.

Das Museum würde indessen nicht das Gefängnis sein, in dem zwischen 1923 und 1934 Tausende starben, sondern vielmehr das aus dem frühen 15. Jahrhundert stammende russisch-orthodoxe Kloster, das zu einer wichtigen religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Stätte für den Norden wurde. Später wurde das Kloster zu einer zaristischen Festung, in die religiöse und politische Opponenten verbannt wurden.

In einer der letzten Ausgaben der sowjetischen Jugendzeitung «Komsomolskaja Prawda» berichtete der Schriftsteller J. A. Golowanow über das Gefängnis Solowetskije, das 1923 von den Sowjets als eine «führende progressive Institution für die Umerziehung von Kriminellen» eingerichtet worden war.

Golowanow wusste zu berichten, dass in Solowetskije von den Häftlingen «eine Kleinbahn, eine der ersten sowjetischen Pelztierzüchtereien und viele Werkstätten» eingerichtet worden seien sowie hätten die Häftlinge «Theaterabende veranstaltet und eine Monatschrift» herausgegeben. Was der sowjetische Schriftsteller schrieb, entsprach durchaus den Tatsachen — soweit er sie berührte. Sowjetische Flüchtlinge berichteten jedoch schon vor Jahren, dass die Lebensbedingungen sehr schlecht gewesen seien.

So sei zwischen 1929 und 1934 die Lebenserwartung der Häftlinge ausserordentlich niedrig gewesen; sie habe bei etwa zwei Jahren gelegen.

Durch die schlechten gesundheitlichen

Verhältnisse und durch die Brutalitäten des Wachpersonals sei die Zahl der Häftlinge von 14 000 im Jahr 1923 bis 1930 auf 8000 gesunken.

Erdöl im Polargebiet


Infolge der Entdeckung neuer Erdöl- und Erdgasvorkommen nimmt die wirtschaftliche Bedeutung der fernöstlichen Gebiete der Sowjetunion laufend zu. In den letzten Jahren konnten sogar jenseits des Polarkreises grössere Vorräte festgestellt werden. Ihre Ausbeutung hat bereits begonnen, ist aber wegen der grossen Entfernungen und der noch schwachen Verkehrserschliessung sehr kostspielig.

Die bedeutendsten Erdölvorkommen jenseits des Polarkreises sind auf der Halbinsel Jamal beim Mündungsgebiet des Ob entdeckt worden. Die Tagesleistung einer der erschlossenen Quellen beträgt zurzeit 400 Tonnen, was man als besonders ergiebig zu betrachten hat. Während der Schürfarbeiten nach Erdöl gelang es übrigens gleichzeitig, auch grössere Erdgasvorkommen zu erschliessen, deren Ausmasse vorderhand noch nicht genau ermittelt sind. Dieser neue Fund scheint die Auffassung jener sowjetischen Experten zu bestätigen, die wiederholt erklärt haben, dass unter dem Nordpolarmeer grosse Erdöl- und Erdgasmenge lagern.

Auf der Halbinsel Mangischalk im östlichen Teil des Kaspischen Meeres wurde eine neue, 140 km lange Erdgasleitung in Betrieb genommen, welche die kasachischen Städte Usen, Schetybai und Schewtschenko mit den reichen Erdgasvorkommen auf der Halbinsel verbindet. Das Durchlassvermögen der neuen Leitung beträgt zwei Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr.



RITEX



THOMMY

Diesen Mantel kann man fast überall tragen. Im strengsten Winter. Auf Reisen. Bei Repräsentationsanlässen. In der Stadt. THOMMY ist im aktuell modischen «Country-Style» geschnitten. Also schlank, zweireihig und mit breitem Revers. Die Platten sind schräg. THOMMY ist aus eleganter, warmer, reiner Schurwolle. Und es gibt ihn in Cooperbraun, Grigio tempesta (Grau) oder Verde artico (Grün).

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen